

Tages Anzeiger

Die unabhängige schweizerische Tageszeitung

Donnerstag
12. Mai 2011

Fr. 3.00, Ausland: € 2.30 / AZ 8021 Zürich
119. Jahrgang Nr. 110 – Auflage 203 636

Reisen Es muss nicht immer die Toskana sein: Apulien in Italiens Stiefelabsatz ist eine valable Alternative. 28

Buschmänner Sie leben seit 30 000 Jahren in der Wüste Südafrikas – und wehren sich gegen die Moderne. 10

Bücher In der DDR las Autorin Barbara Honigmann heimlich Max Frisch. 27



Mehrheit der Schweizer befürwortet eine Begrenzung der Einwanderung

Die Zuwanderung wird zunehmend skeptisch beurteilt – neuerdings auch von Mitte-links-Wählern.

Von Jürg Ackermann und Daniel Foppa

Das Unbehagen über die Einwanderung steigt. Dies zeigt eine Umfrage des Forschungsinstituts M.I.S. Trend im Auftrag der welschen Zeitschrift «L'Hebdo». 59 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer wünschen sich demnach eine Zuwanderungsbeschränkung. Führungskräfte aus Wirtschaft und Politik sind weniger skeptisch. Lediglich 35 Prozent von ihnen fordern Massnahmen zur Begrenzung der Einwanderung.

Das Umfrageergebnis überrascht Experten und Politiker nicht. Die Zuwanderung sei bis vor zwei Jahren fast ausschliesslich unter positiven wirtschaft-

lichen Aspekten diskutiert worden, sagt der Politologe Andreas Ladner. «Nun sehen immer mehr Leute, dass das Bevölkerungswachstum mit Umweltbelastung, Wohnungsknappheit, hohen Preisen und sich verändernden Arbeitschancen auch Probleme mit sich bringt.» Für FDP-Nationalrat Philipp Müller ist klar, dass es die grosse Aufgabe der Politik der kommenden Jahre sei, Lösungen für die negativen Folgen der Zuwanderung zu entwickeln: «Die Diskussion brennt den Menschen unter den Nägeln.»

Auch SVP-Nationalrat Hans Fehr sagt, er treffe kaum mehr jemanden, der sorglos sage, in der Schweiz könnten neun

oder zehn Millionen Menschen leben. Bei jedem Auftritt werde er auf die Zuwanderung angesprochen.

Zu lange ein Tabu

Überhaupt nicht überrascht ist Benno Büeler. Der Präsident der Ecopop-Initiative fordert aus ökologischen Gründen eine Begrenzung der jährlichen Zuwanderung auf 0,2 Prozent der Bevölkerung. Büeler sagt, die Umfrageergebnisse entsprechen den Beobachtungen, die er beim Unterschriftensammeln mache. «Erstaunlich viele Frauen und Mitte-links-Wähler sprechen auf das Thema an.» Die Zuwanderung sei in diesen

Kreisen zu lange ein Tabu gewesen. Er zweifle aber, dass Grüne und SP nun mehr als nur punktuelle Lösungen bieten könnten.

Dies weist SP-Generalsekretär Thomas Christen zurück. Zwar hat er erwartet, «dass die Personenfreizügigkeit zunehmend Unbehagen auslöst». Gründe seien einzelne negative Folgen wie Lohndumping oder teurerer Wohnraum – jedoch nicht die Einwanderung an sich. Der grüne Nationalrat Daniel Vischer führt die Skepsis primär auf sozial-ökologische Gründe zurück: «Die Ängste vor Arbeitsplatzverlust und Zersiedelung spielen eine wichtige Rolle.» – Seite 6, 7

Heute

Wirtschaft

Die Post organisiert den Briefversand neu

Mit Investitionen von rund 20 Millionen Franken will die Post Karten, Briefe und Pakete als konkurrenzfähige Alternativen zu den elektronischen Kommunikationsmitteln stärken. Die Kunden sollen ab September praktisch in der ganzen Schweiz A-Post-Briefe bis zum Abend verschicken können. – Seite 43

Street View

Google geht vor Bundesgericht und droht mit Abschaltung

Google akzeptiert das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts nicht, den Schutz der Privatsphäre auf Street View zu verbessern. Der Internetkonzern kündigte gestern an, Beschwerde beim Bundesgericht einzureichen. Bei einer erneuten Niederlage soll Street View in der Schweiz abgeschaltet werden. – Seite 44

Kommentare & Analysen

«Mit dem Wort «Streik» bucht man Titelseiten.»

Peter Aeschlimann über die Taktik der Gewerkschaft VPOD im Namen der VBZ-Chauffeure. – Seite 11

Der Bundesanwalt ist ein Spielball der Politik. Darum wollen die Besten dieses Amt nicht. – Seite 4

Beilage



Die gehören auf den Grill: Wo es in Zürich richtig gute Steaks gibt.

Service

| | |
|------------------|------------|
| Wetter | 12 |
| Leserbriefe | 13 |
| Todesanzeigen | 25 |
| Rätsel | 37 |
| Fernsehprogramme | 38, 39 |
| Börse | 45, 47, 48 |

Schwedische Hilfe für Investor Sawiris

Der ägyptische Unternehmer Samih Sawiris will in Andermatt UR nicht nur ein Feriendorf bauen, sondern auch das Skigebiet auf Vordermann bringen. Seine Firma hat deshalb mit dem schwedischen Skigebietsbetreiber Skistar AB eine Absichtserklärung unterzeichnet. Investiert werden soll auch in die von Andermatt aus erreichbaren Skigebiete Gamsstock, Näschen, Hospental und das bündnerische Sedrun. Mit 18 neuen Skiliften und Gondelbahnen sollen die Anlagen leistungsfähiger und die Pisten zu einer einzigen Skiarena zusammengeschlossen werden. Gerechnet wird mit Investitionen von fast 141 Millionen Franken. Umweltverbände kritisieren zumindest Teile des geplanten Ausbaus. (TA) Kommentar Seite 2, Berichte Seite 41, 43

Eine Hunderrettung, die total missglückt ist

Ein 43-jähriger Zürcher fand in den Türkei-Ferien in einer Mülltonne neun Hundewelpen und eine verwahrloste Hündin, die er aus Mitleid in die Schweiz mitnahm. Eine Rettungsaktion, wie sie wohl viele unternehmen möchten, wenn sie im Ausland streunende Strassenhunde und halb verhungerte Katzen sehen. Doch die Einfuhr von Heimtieren ist streng geregelt und verlangt umfangreiche und teilweise kostspielige Vorbereitungen, wie der Zürcher Tierfreund schmerzlich erfahren musste: Die Rettungsaktion wird ihn Tausende von Franken kosten – und war nutzlos. Acht Tiere wurden eingeschläfert, die verbleibenden zwei muss er innert Kürze zurück in die Türkei bringen. Und seinen Job ist er auch los. (net) – Seite 15

2:2 – Alex Frei bremst den FC Zürich im Meisterrennen



Foto: Reto Oeschger

Der Leader FCZ hatte im Spitzenkampf gestern im Heimspiel gegen Basel alle Vorteile, er führte 1:0 und 2:1. Er hatte Chancen und Pfortenschüsse. Aber er hat am Ende gegen den Rivalen wieder nicht gewonnen: Alex Frei (rechts) glich zweimal aus. – Seite 16, 51, 52



Abo-Service 044 404 64 64, www.tagesanzeiger.ch/abo

Inserate Tel. Annahme: 044 248 41 41 (Mo.–Do. 8–12 und 13–17.30 Uhr / Fr. 8–12 und 13–17 Uhr), www.adbox.ch, inserate@tages-anzeiger.ch

Redaktion 044 248 44 11, redaktion@tages-anzeiger.ch, Werdstrasse 21, 8004 Zürich, Postadresse: Postfach, 8021 Zürich

Leserbriefe www.tagesanzeiger.ch/leserforum

Online www.tagesanzeiger.ch, news@newsnetz.ch

Anzeige

SO WILL ICH WOHNEN

HOME MARKET

www.home-market.ch

Vormals Carpetland/Essers: Dübendorf Hunzenschwil Spreitenbach *Pfäffikon SZ Winterthur *Pratteln *Conthey

GRATISVERLEGUNG

von Teppichen, PVC und Vinyl, ab CHF 24.50/m², mind. 16 m². Nicht gültig für die Verlegung auf Treppen. 50% Rabatt auf die Verlegung von Parkett, Laminat und die *Konfektion von Vorhängen nach Mass. Aktion gültig bis 30. April 2011

«AUF DIESEM BODEN GEWINNE ICH JEDES SPIEL.»

VERLÄNGERT BIS 31. MAI

Schweiz

Umfrage zur demografischen Zukunft der Schweiz

Die Schweizer möchten die Einwanderung

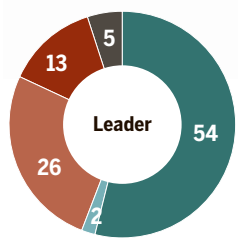
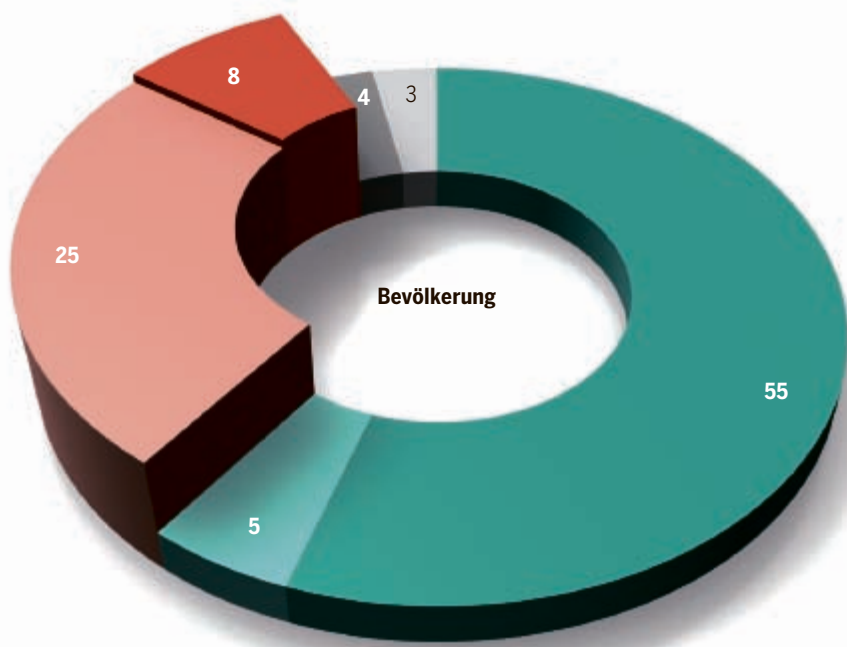
Zwar hat ein Drittel der Schweizerinnen weniger Kinder als gewünscht. Trotzdem wächst die Bevölkerung wegen

Familie

Ein Drittel der über 45-Jährigen hätte sich mehr Kinder gewünscht

Haben Sie so viele Kinder, wie Sie sich gewünscht haben?

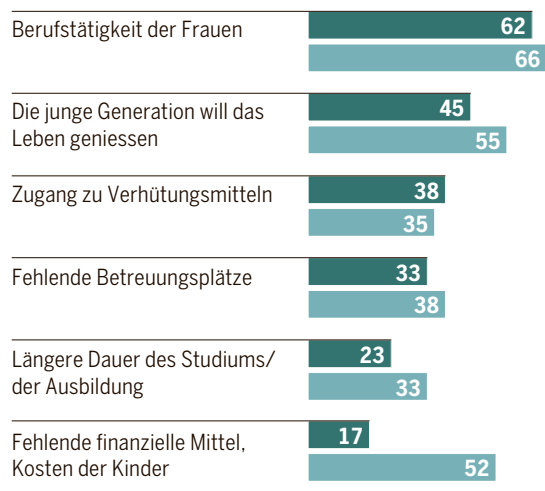
In %



- Die gewünschte Anzahl
- Mehr als gewünscht
- Weniger als gewünscht
- Keine, aber Kinder gewünscht
- Keine und keine gewünscht
- Keine Antwort

Warum Schweizer Frauen weniger Kinder bekommen

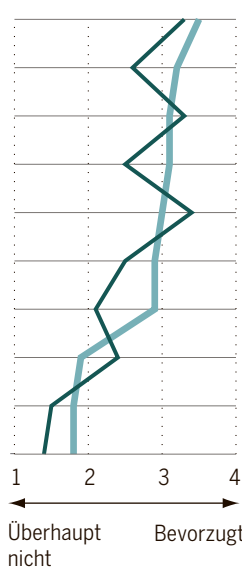
Gründe für den Rückgang der Geburtenquote



Wie könnte die Geburtenzahl erhöht werden?

Teilzeitarbeit für Eltern

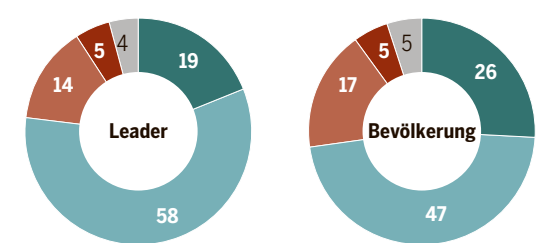
- Erhöhung der Familienzulagen
- Mehr Krippenplätze
- Vaterschaftsurlaub
- Blockzeiten an den Schulen
- Längerer Mutterschaftsurlaub
- Erhöhung der Familienzulagen
- Frühere Einschulung
- Förderung der Einwanderung
- Abtreibungsverbot



Legend: Leader (dark teal), Bevölkerung (light teal)

Geburtenfreundliche Politik würde begrüsst werden

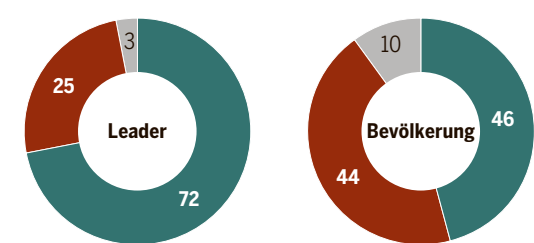
Muss man eine geburtenfreundliche Politik betreiben, um der Überalterung der Schweiz vorzubeugen?



- Ja
- Eher Ja
- Eher Nein
- Nein
- Keine Antwort

Leader begrüssen die Migration als Mittel gegen Überalterung

Ist die Migration ein gutes Mittel gegen die Überalterung in der Schweiz?



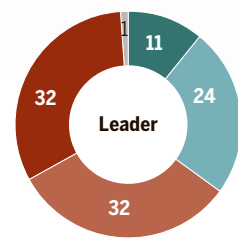
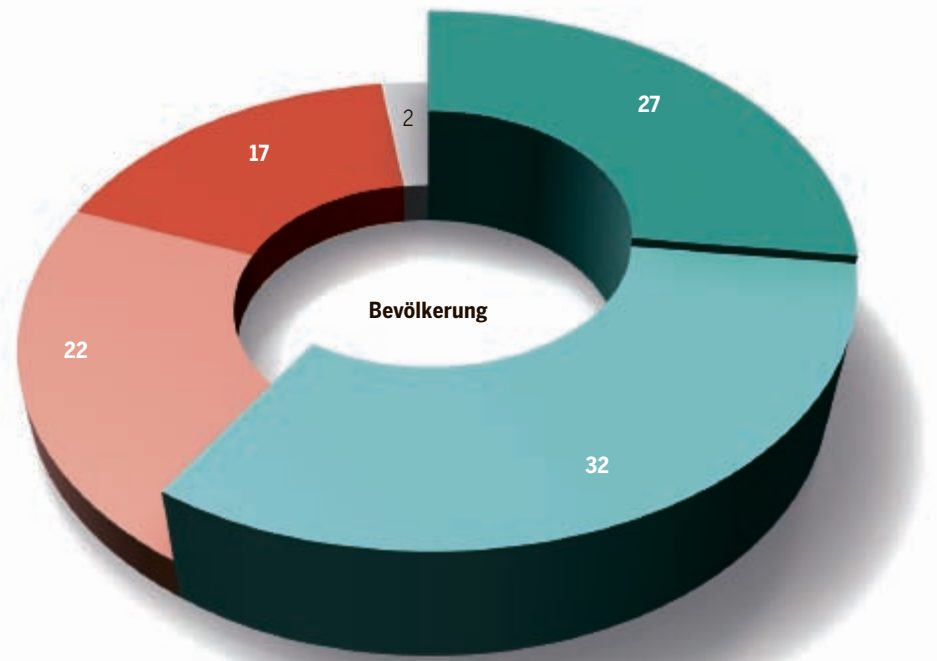
- Ja
- Nein
- Keine Antwort

Zuwanderung

Einwanderungsbeschränkung stösst auf Zustimmung

Braucht es eine Einwanderungsbeschränkung, um das Bevölkerungswachstum in der Schweiz zu begrenzen?

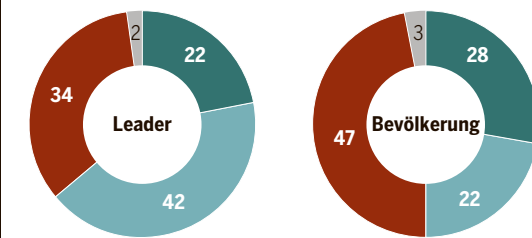
In %



- Ja
- Eher Ja
- Eher Nein
- Nein
- Keine Antwort

Immigranten sind weniger akzeptiert als vor 40 Jahren

Fällt es heute leichter, Einwanderer zu akzeptieren, als in den 60er- und 70er-Jahren?



- Leichter
- Gleich
- Schwieriger
- Keine Antwort

SVP-Kampagnen tragen zur sinkenden Akzeptanz bei

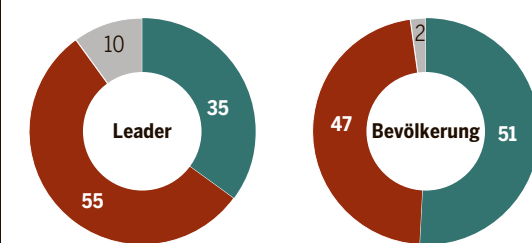
Warum ist die Akzeptanz schwieriger/einfacher?



- Leader
- Bevölkerung

Wohn- und Bauzonen nur für Schweizer

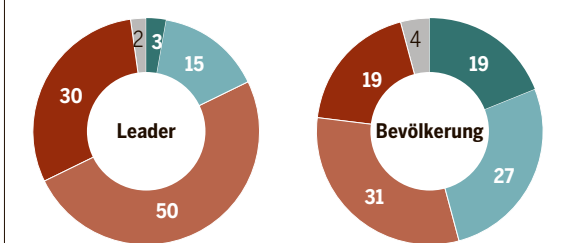
Eine Gemeinde überlegen sich, Wohn- und Bauzonen für Einheimische einzurichten. Wie finden Sie das?



- Gute Idee
- Schlechte Idee
- Keine Antwort

Ausländische Kaderleute sind keine Konkurrenz

Sind ausländische Kaderleute eine zu grosse Konkurrenz für Schweizer?



- Ja
- Eher Ja
- Eher Nein
- Nein
- Keine Antwort

Derung begrenzen

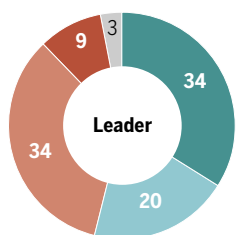
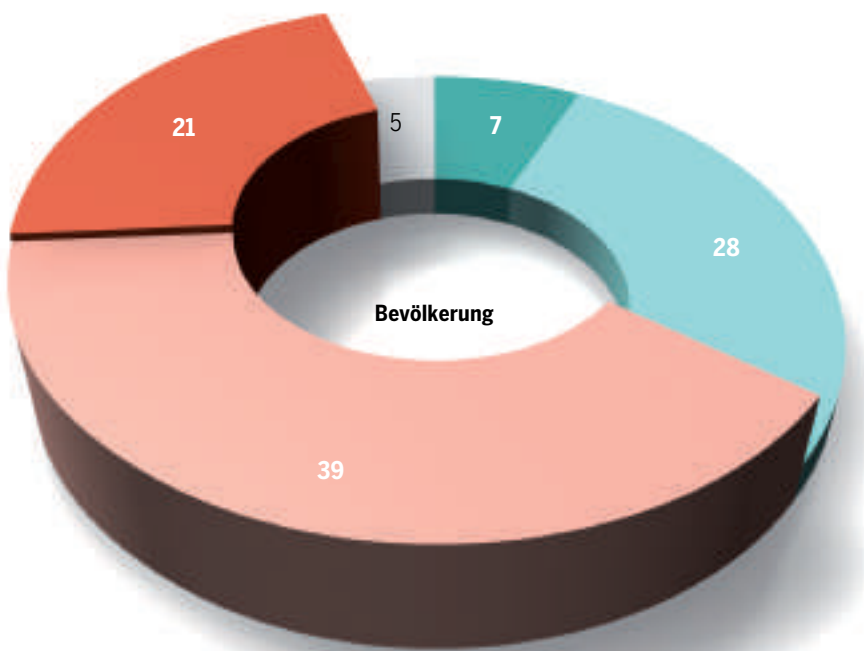
der anhaltenden Zuwanderung stetig. Parallel dazu nehmen die Vorbehalte gegenüber Immigranten zu.

Zukunft

Bevölkerungswachstum wird als Problem gesehen

Sehen Sie den Bevölkerungsanstieg in der Schweiz als Chance oder als Problem?

In %



Sehr grosse Chance
Chance
Problem
Sehr grosses Problem
Keine Antwort

Die Überalterung wird nicht als grosses Problem empfunden



Vertrauen in ein friedliches Zusammenleben

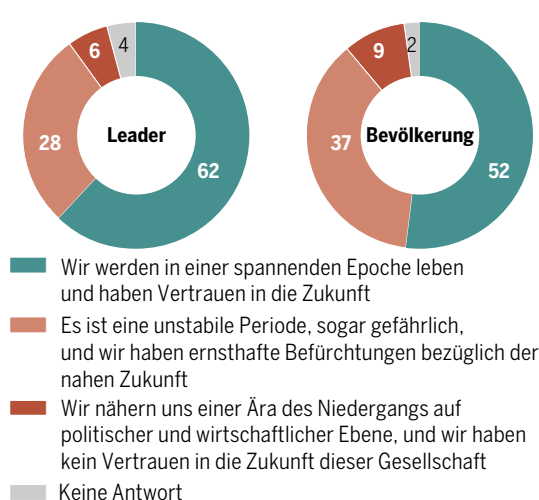
Wie sieht in 10 bis 15 Jahren das Zusammenleben mit der ausländischen Wohnbevölkerung aus?



Schweizer und Ausländer leben mehr oder weniger harmonisch zusammen
Zweifel am friedlichen Zusammenleben
Angst vor einer grossen internen Krise
Keine Antwort

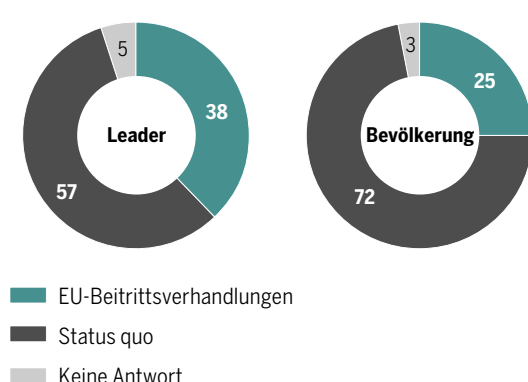
Optimistisch in die Zukunft

Was sind Ihre Erwartungen für die nächsten 15 Jahre in Bezug auf die Schweiz und ihre Nachbarländer?



EU-Beitrittsverhandlungen finden keine Mehrheit

Ist es Zeit für Beitrittsverhandlungen mit der EU, oder bevorzugen Sie den Status quo?



EU-Beitrittsverhandlungen
Status quo
Keine Antwort

Von Daniel Foppa und Marie-Hélène Miauton

Die Wohnbevölkerung in der Schweiz nimmt kontinuierlich zu. Zwischen Boden- und Genfersee leben heute 7,8 Millionen Menschen. Laut dem Bundesamt für Statistik werden es 2035 bereits 8,8 Millionen sein. Grund dafür ist nicht die Geburtenrate von 1,5 Kindern pro Frau, die im internationalen Vergleich eher tief ist, sondern die Zuwanderung. Seit Einführung der Personenfreizügigkeit 2002 sind jedes Jahr durchschnittlich 140 000 Menschen in die Schweiz eingewandert, während demgegenüber nur 83 000 ausgewandert.

Eine Umfrage des Lausanner Forschungsinstituts M.I.S. Trend (siehe unten) ist den Ursachen für die niedrige Geburtenrate nachgegangen und hat nach den Folgen der Zuwanderung gefragt. Die Ergebnisse werden heute an

52 Prozent finden, dass Paare aus finanziellen Gründen keine Kinder haben.

der Tagung «Forum des 100» in Lausanne diskutiert und erscheinen im «Tages-Anzeiger», in «Der Bund», «L'Hebdo» und «Il Caffè». Am Treffen nehmen rund 850 Persönlichkeiten teil, unter ihnen FDP-Bundesrat Didier Burkhalter und Joseph Deiss, der Präsident der UNO-Generalversammlung.

Unerfüllter Kinderwunsch

Wie die Umfrage zeigt, haben 39 Prozent der Führungskräfte und 33 Prozent der Bevölkerung über 45 Jahre keine oder weniger Kinder, als sie eigentlich gewünscht hätten. Als Ursache für die tiefe Geburtenrate wird von beiden Gruppen primär die Berufstätigkeit der Frauen genannt, gefolgt von der Aussage, die Jungen wollten in erster Linie das

Landesweite Studie

1609 Personen befragt

Die Umfrage wurde im Auftrag der Westschweizer Zeitschrift «L'Hebdo» vom Lausanner Meinungsforschungsinstitut M.I.S. Trend durchgeführt. Zwischen dem 14. Februar und dem 12. März 2011 wurden 521 Deutschschweizer, 493 Romands und 195 Tessiner telefonisch interviewt. Zudem wurden 400 Führungskräfte aus der ganzen Schweiz befragt. Sie sind schweizerischer oder ausländischer Herkunft und arbeiten in den Bereichen Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft, Erziehung, Kultur und Politik. 41 Prozent von ihnen sind international tätig. 25 Prozent haben ein kommunales, kantonales oder nationales politisches Mandat inne. Die Fehlerquote liegt bei plus/minus 4,5 Prozent bei der Bevölkerung sowie bei plus/minus 5 Prozent bei den Führungskräften. Die gesamte Studie und weitere Angaben finden sich auf:

www.forumdes100.com



Leben geniessen. Fehlende Betreuungangebote für Kinder folgen erst an vierter Stelle.

Ein bemerkenswerter Unterschied zwischen der Bevölkerung und den Leadern zeigt sich bei der Frage, ob auch fehlende finanzielle Mittel ein Grund für die tiefe Geburtenrate sein könnten: 52 Prozent der Bevölkerung finden, dass aus Kostengründen auf Kinder verzichtet wird. Bei den Führungskräften sind nur 17 Prozent dieser Ansicht.

Aus Sicht der Bevölkerung braucht es vor allem bessere Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit, höhere Familienzulagen und mehr Krippenplätze, um die Geburtenrate zu erhöhen. Führungskräfte würden vor allem mehr Krippenplätze und Blockzeiten an den Schulen begrüssen. Die Mehrheit der Führungskräfte und der Bevölkerung fordert zudem politische Massnahmen zur Erhöhung der Geburtenrate. Sie denkt an Steuererleichterung für Familien, die Förderung von Teilzeitarbeit sowie ausgebauten Betreuungangeboten.

Deutliche Unterschiede zwischen den Leadern und der Bevölkerung zeigen sich bei der Bewertung der Zuwanderung. So ist es für eine klare Mehrheit von 72 Prozent der Führungskräfte positiv, dass dank der Zuwanderung die Überalterung und damit auch die Finanzierungsprobleme der AHV abgeschwächt werden können. Bei der Bevölkerung hingegen sind nur 46 Prozent dieser Ansicht.

Zonen für Einheimische

Heute wohnen 1,7 Millionen Ausländer ständig in der Schweiz, das entspricht 22 Prozent der Bevölkerung. Für eine Mehrzahl der Befragten ist damit allmählich eine Grenze erreicht: 59 Prozent der Bevölkerung (27 Prozent sind dafür, 32 Prozent sind eher dafür) begrüssen eine Zuwanderungsbegrenzung, wie es zum Beispiel die letzte Woche von ökologischen Kreisen lancierte Ecopop-Initiative fordert.

Zudem wünscht eine Mehrheit der Bevölkerung, dass die Gemeinden spezielle Zonen bestimmen sollen, in denen die Einheimischen bauen und wohnen können. Damit soll sichergestellt werden, dass Einheimische in ihren angestammten Gemeinden wohnen können, auch wenn sie weniger finanzkräftig sind als gut qualifizierte Zugezogene. Im Gegensatz zur Bevölkerung lehnen hingegen 64 Prozent der Führungskräfte (32 Prozent sind dagegen, 32 Prozent sind eher dagegen) eine Zuwanderungsbegrenzung ab.

Gesunkene Akzeptanz

Die Bevölkerung ist zudem skeptisch, was die Akzeptanz von Ausländern betrifft. 47 Prozent sind der Ansicht, dass Ausländer heute weniger akzeptiert sind als noch in den 60er- und 70er-Jahren. Als Gründe werden die Kampagnen der SVP, die hohe Zahl an Ausländern sowie die gesunkene Integrationsbereitschaft der Immigranten genannt.

Die Mehrheit der Führungskräfte ist hingegen der Ansicht, die Akzeptanz der Ausländer sei gestiegen. Als Gründe nennt sie, die Gesellschaft sei offener und toleranter geworden, viele Ausländer lebten seit Generationen in der Schweiz, und die Multikulturalität gehöre inzwischen zum Alltag. Augenfällig ist der Unterschied in der Bewertung der Aus-

wirkungen der SVP-Kampagnen. Im Gegensatz zur Bevölkerung finden die Führungskräfte, dass diese Kampagnen zu einer sinkenden Akzeptanz der Einwanderer führen.

Die Führungskräfte sind allerdings positiver eingestellt gegenüber ausländischen Kadern, die in der Schweiz arbeiten. In der Bevölkerung gibt es zwar Vorbehalte, ausländische Kader würden einen fremden Führungsstil praktizieren und die Schweizer von ihren eigenen Errungenschaften entfremden. Insgesamt findet jedoch auch eine knappe Mehrheit der Bevölkerung nicht, dass ausländische Kader eine zu grosse Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt darstellten.

Wachstum als Problem

Die Mehrheit der Bevölkerung sieht das anhaltende Wachstum der Schweizer Wohnbevölkerung mehr als Problem denn als Chance. Eine Mehrheit der Führungskräfte sieht darin hingegen primär Vorteile.

Trotz aller Vorbehalte steht aber nicht die Zuwanderung zuoberst auf dem Sorgenbarometer, sondern das Thema Umwelt. Dies, obwohl die Umfrage noch vor der Reaktorkatastrophe im japanischen Fukushima durchgeführt worden war. Bereits in der letztjährigen Umfrage hatte die Umweltproblematik die Sorgen der Bevölkerung dominiert. Bei den Führungskräften stand damals die Sorge um die Wirtschaftslage und die Beschäftigung im Vordergrund.

Am zweitstärksten beschäftigt die Bevölkerung 2011 das Thema Sicherheit und Gewalt, während es bei den Führungskräften die steigenden Gesundheitskosten und Krankenkassenprämien sind. Die wirtschaftliche und berufliche Situation folgt bei den Leadern an dritter, bei der Bevölkerung erst an vierter Stelle.

Gegen einen EU-Beitritt

Befragt nach der Zukunft, findet eine knappe Mehrheit von 52 Prozent der Bevölkerung, dass Schweizer und Ausländer weiterhin harmonisch zusammenleben werden. Bei den Führungskräften

Am meisten Anlass zur Sorge gibt weiterhin die Umweltproblematik.

ten sind sogar 63 Prozent dieser Ansicht. 46 Prozent der Bevölkerung und 35 Prozent der Führungskräfte erwarten hingegen eine weniger positive Entwicklung und zweifeln daran, dass das Zusammenleben weiterhin so friedlich bleibt wie bisher.

Insgesamt beurteilen sowohl die Führungskräfte als auch die Bevölkerung die Zukunft jedoch positiv. Die Mehrheit in beiden Gruppen ist überzeugt, dass die nächsten 15 Jahre für die Schweiz und ihre Nachbarländer vorteilhaft ausfallen werden. Eine klare Mehrheit der Führungskräfte (57 Prozent) und der Bevölkerung (72 Prozent) lehnt es schliesslich ab, Beitrittsverhandlungen mit der EU aufzunehmen. Vielmehr wird der Status quo mit den bilateralen Abkommen begrusst.